

Antrag auf Projektförderung Stadtteilkultur

An das Bezirksamt Hamburg-Mitte
Fachamt Sozialraummanagement
SR 22 – Zuwendungen
Postfach 102220
20015 Hamburg

_____ wird vom Bezirksamt ausgefüllt _____
Eingang:

Antragsnummer: K/

Antragsteller

Datum

Bezeichnung der Maßnahme

Zuwendungszeitraum für die Zeit vom:

bis

Höhe der beantragten Zuwendung:

Euro

Kurzbeschreibung/Zweckbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:
(max 2.000 Zeichen)

Hinweis: Der Zweck muss eindeutig und ausführlich bezeichnet werden. Allgemeine Ausdrücke wie „Forschungszwecke“ oder „Förderung der Zusammenarbeit“ usw. genügen nicht. Ergänzende Erläuterungen zu Umfang, Qualität und Zielsetzung der geplanten Maßnahmen sind beizufügen.

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?

Nein

Ja

1. Kosten- und Finanzierungsplan

1.1 Ausgaben

Bezeichnung/Art (ggf. mit Anmerkungen)

Euro

Summe Ausgaben:

1.2 Einnahmen

Bezeichnung/Art (ggf. mit Anmerkungen)

Euro

Summe Einnahmen:

2. Abfrage Kennzahlen

Abgefragt	Kennzahlen	Soll/Vereinbart
	Anzahl der Einzelveranstaltungen	
	Veranstaltungszeiten/ Öffnungszeiten	
	Besucherzahl ^{*1}	
	Besucher unter 18 Jahren	
	Besucher mit Migrationshintergrund	
	Eigenmittelquote in % ^{*2}	
	Zuschuss pro Besucher	
	Anzahl von Honorarkräften	
	Anzahl von Ehrenamtlichen	
	Besucher über 55 Jahren	
	Sonstiges	

^{*1} gezählt wird jeder Besucher nur einmal pro Veranstaltung

^{*2} Eigenmittelquote = eingesetzte Eigenmittel x 100 /Gesamtkosten des Projekts

3. Welche Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit haben Sie für das Projekt geplant (z.B. Flyer, Plakate, Pressemitteilungen, Zeitungsberichte, Artikel in Fachzeitschriften, Rundfunk- und Fernsehbeiträge, Infostände)?

(max. 500 Zeichen)

4. Haben Sie vor, die Zufriedenheit der Teilnehmer zu erheben? Wenn ja, in welcher Form?

(max. 500 Zeichen)

5. Weitere Anmerkungen:

(max. 500 Zeichen)

Erklärung zum Zuwendungsantrag

Anmerkung

Unvollständig oder verspätet eingereichte Antragsunterlagen ohne rechtsverbindliche Unterschrift verzögern u. U. die Bearbeitung sowie die Beschlussfassung im Kulturausschuss.

1. Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlich geförderten Projekten, bei denen die oder der Antragstellende selbst oder sie oder er gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen nutzt?

Nein

Ja

Falls ja:

Welche Ressourcen sind das? (z.B. gemeinsam genutzte Räume)

Welche Stellen fördern diese Projekte?

In welcher Form ist eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen worden?

2. Warum ist die Durchführung des Projektes ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet?
3. Ich erkläre, dass eine Förderung durch Dritte für die gleiche Maßnahme weder beantragt noch in Aussicht gestellt wurde. Des Weiteren erkläre ich, dass für diese Maßnahme kein Anspruch auf Förderung aus gesetzlichen Leistungen besteht, der vorrangig geltend zu machen wäre.
4. Ich erkläre, dass gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer
 - 4.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist o d e r
 - 4.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind.
5. Ich erkläre, dass ich für die o.g. Maßnahme zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG)
 - berechtigt bin
 - nicht berechtigt bin

6. Ich erkläre, dass ich die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung biete und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstelle.
7. Ich erkläre, dass ich eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleiste, d. h.
 - 7.1 die Belege werden chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist.
 - 7.2 die Verbuchung sämtlicher Belege wird zeitnah vorgenommen. Es erfolgt keine Buchung ohne Belege u n d
 - 7.3 die Buchführung erfolgt nach folgendem System:

Einnahmen-/Ausgabenrechnung (Kassenbuch)

Doppelte Buchführung

Es wird wie folgt Buch geführt (ggf. Software):
8. Ich erkläre, dass der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist.
9. Ich erkläre, dass die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllt sind.
10. Ich erkläre, dass die Erfüllung der sonstigen Fördervoraussetzungen gewährleistet ist.

Anlage Datenblatt Stadtteilkultur

Nicht öffentlich/Vertraulich

_____ wird vom Bezirksamt ausgefüllt _____
Eingang:

Antragsnummer: K/

Projekt/Zuwendungszweck:

Höhe der beantragten Zuwendung:

Euro

Zuwendungszeitraum:

Nur zuwendungsfähige Ausgaben, die in diesem Zeitraum entstanden sind, werden gefördert und können am Ende der Laufzeit des Projektes abgerechnet werden.

von

bis

Antragsteller

Name

Geburtsdatum (bei Privatpersonen)

Anschrift (Straße, Postleitzahl und Ort)

Telefon

E-Mail

natürliche Person

juristische Person / Rechtsform:

Vereinsregister-Nr.

Handelsregister-Nr.

Bankverbindung

Bankinstitut

Kontoinhaber

IBAN

BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Versicherung

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P).

Ich versichere zugleich, dass ich mit dem Inhalt der ANBest-P einverstanden bin.

Mir ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. §12 Absatz 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz – HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berechtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Ich bin damit einverstanden, dass der Antrag öffentlich im Kulturausschuss oder einem anderen Gremium der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beraten wird und die eingereichten Antragsunterlagen inkl. aller Anlagen und das Ergebnis der Beratung des Kulturausschusses veröffentlicht werden.

Mir ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Mir ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen -. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antragstellers
(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:

Projektskizze/Zweckbeschreibung

Datenblatt

aktueller Vereinsregisterauszug

ausgeglichener Finanzierungsplan

Unterschriftenbefugnisse

sonstiges: